

„Weiter so“ in Mali

STAATSPRÄSIDENT KEITA WIEDERGEWÄHLT

Die Präsidentschaftswahlen in Mali haben keine Überraschung gebracht. Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keita (IBK) ist im zweiten Wahlgang mit 67,16% deutlich vor dem Oppositionsführer Soumaila Cissé, der 32,84% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, wiedergewählt worden. Die Wahlen wurden überschattet von massiven Manipulationsvorwürfen seitens der Opposition. Die großen Herausforderungen Malis wird nun der alte und neue Präsident zu bewältigen haben.

Wahlen vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Sicherheitslage

Die Präsidentschaftswahlen fanden vor dem Hintergrund einer angespannten Sicherheitslage statt. Nach dem Putsch 2012 stand Mali knapp vor dem staatlichen Zusammenbruch. Terroristische Gruppen hatten separatistische Aufständische zur Seite gedrängt, den gesamten Norden des Landes (Gao, Timbuktu und Kidal) in ihre Hand gebracht und drangen weiter nach Süden vor. Seit dem Zurückwerfen der islamistischen Terroristen Anfang 2013 durch die französische Militäroperation „Serval“ hat sich die Sicherheitslage allerdings nicht wirklich verbessert. 2017 haben sich mehrere terroristische Gruppen in einem Bündnis („Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime“, franz. GSIM) zusammengeschlossen, das seitdem mehrere spektakuläre Anschläge in Mali und den Nachbarstaaten verübt hat (zuletzt am 29. Juni 2018 eine blutige Attacke auf das Hauptquartier der gemeinsamen Streitkräfte der G5-Sahel Staaten in Sévaré, Zentralmali). Auch der sogenannte „Islamische Staat“ ist in der Region aktiv.

Trotz massiver internationaler Unterstützung, u.a. durch die französischen Streitkräfte im Rahmen der Operation „Barkhane“, die Truppen der Vereinten Nationen im Rahmen von MINUSMA sowie durch Aufbau- und Trainingsprogramme für die malischen Sicherheitskräfte, gelingt es dem malischen Staat nicht, die schon seit langem unruhigen, von periodischen Aufständen geprägten Regionen nachhaltig zu befrieden. Es gibt nicht zuletzt erhebliche Defizite in der Umsetzung des 2015 in Algier vereinbarten Friedensprozesses. Auch in seinen Verwaltungsstrukturen zeigt sich der malische Staat häufig wenig effizient und korrupt. In vielen Landesteilen ist die Präsenz des malischen Staates nur noch rudimentär oder gar nicht vorhanden, so sind z.B. Schulen geschlossen oder Verwaltungschefs nicht auf ihren Posten.



Bild 1 – Wahllokal in Bamako (Thomas Schiller/KAS)

Die Sicherheitslage ist in den letzten Jahren nicht nur im Norden instabil geblieben, sondern hat sich auch im Zentrum (Mopti, Djenné) des Landes verschärft. Dort operieren aber nicht allein terroristische Gruppierungen, sondern es kommt auch zu heftigen ethnischen Konflikten zwischen den Bevöl-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

THOMAS SCHILLER

August 2018

www.kas.de/sahel

kerungsgruppen der Peul und der Dogon, die immer wieder zahlreiche Tote fordern. Beide Seiten verfügen über bewaffnete Milizen und stehen sich zunehmend unversöhnlich gegenüber. Viele Beobachter verweisen auf einen Interessenkonflikt zwischen Viehzüchtern (Peul) und Ackerbauern (Dogon) als Ursache der Auseinandersetzungen. Allerdings ist die Gemengelage weitaus komplexer. Den Peul wird beispielsweise unterstellt, mit den islamistischen Terroristen im Zentrum des Landes (deren Anführer, Amadou Koufa, ist Peul) zu sympathisieren, was viele Peul empört von sich weisen. Wer hier welche Fäden zieht und warum ist aus der Distanz kaum zu beurteilen, zumal sich die Konfliktlinien regional unterscheiden und oftmals unklar ist, welche Rolle die mali-schen Sicherheitskräfte spielen.

Ein zersplittertes Kandidatenfeld

23 Kandidaten und eine Kandidatin bewarben sich beim ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen am 29. Juli 2018 bei den malischen Bürgerinnen und Bürgern für das höchste Staatsamt. Es war aber stets klar, dass nur eine Handvoll davon wirkliches Gewicht in der politischen Landschaft Malis besitzt. Der Amtsinhaber, Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keita, kurz IBK, kam in der Folge des Militärputsches von 2012 an die Macht. Bei den Wahlen 2013 wurde IBK von einer breiten Koalition getragen, u.a. unterstützt von einflussreichen religiösen Führern sowie von der am stärksten verankerten politischen Partei Malis ADEMA. Nach 5 Jahren im Amt ist heute davon nur mehr wenig übrig. Viele alte Weggefährten haben sich von IBK abgewandt, viele Unterstützer von damals sind enttäuscht. Die Bilanz IBK's ist problematisch: die Sicherheitslage bleibt angespannt, Ineffizienz und Korruption sind im Staatsapparat weit verbreitet, Perspektiven für die jedes Jahr weiter stark wachsende Bevölkerung fehlen. Viele Malier äußern daher sehr deutlich Unmut über IBK. Ihnen fehlen greifbare Erfolge in der Stabilisierung des Staates und sichtbare Fortschritte in der Lösung ihrer alltäglichen Probleme.

Auf Seiten der Opposition traten mehrere profilierte Kandidaten an. Neben dem Oppo-

sitionsführer Soumaila Cissé galten auch der Unternehmer Aliou B. Diallo sowie der ehemalige Premierminister und Ex-NASA Mitarbeiter Cheick Modibo Diarra als ernstzunehmende Kandidaten. Cissé war IBK in den Wahlen 2013 unterlegen und ist seitdem der offizielle Führer der Opposition. Seine Partei URD („Union für die Republik und die Demokratie“) hat er stark im Land verankern können. Es gelang ihm, zahlreiche einflussreiche politische Persönlichkeiten für sich zu gewinnen. Er profitierte diesmal auch von der Unterstützung des bei der Jugend populären und zugleich umstrittenen Anführers der zivilgesellschaftlichen Organisation CDR („Kollektiv zur Verteidigung der Republik“), Ras Bath. Als Cissés Handicap gilt, dass er aus dem Norden stammt und der Minderheit der Songhai angehört. Neben Cissé hat vor allem der Unternehmer Aliou Diallo eine überraschend starke Unterstützung erhalten, u.a. durch den Cherif von Niouro, einen landesweit einflussreichen religiösen Führer. Auch verfügt Diallo über eine gut strukturierte Partei und entsprechende finanzielle Mittel für die Kampagnenführung.



Bild 2 – Aliou B.Diallo gibt Interviews nach der Stimmabgabe (Thomas Schiller/KAS)

Der Wahlkampf verlief vor dem Hintergrund erheblicher organisatorischer Probleme und rechtlicher Unklarheiten. Zahlreiche offene Fragen und Konfliktpunkte betreffend des Ablaufs der Wahl konnten erst in den letzten Wochen zwischen Regierung und Opposition geklärt werden. Die Kampagne gewann

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

THOMAS SCHILLER

August 2018

www.kas.de/sahel

nicht zuletzt vor diesem Hintergrund immer weiter an Schärfe. Vorwürfe von Manipulation und mangelnder Fairness drängten eine inhaltliche und dringend nötige politische Debatte über die Zukunft des Landes an den Rand.

Überraschend ruhig, einige Fragezeichen: IBK wiedergewählt

Der erste Wahlgang verlief nach Einschätzung nationaler wie internationaler Beobachter weitgehend ruhig. Es kam zwar zu einer Reihe von Zwischenfällen, die allerdings mit Blick auf die angespannte Sicherheitslage im Verhältnis gering blieben. Nach Angaben des für die Wahlorganisation zuständigen Ministeriums für die Territorialverwaltung konnte die Wahl in mehr als 700 Wahllokalen (von 23.041) aus unterschiedlichen Gründen (zumeist gewaltsame Attacken und Übergriffe) nicht stattfinden, in circa 4.000 weiteren war der Ablauf gestört. Die betroffenen Wahllokale lagen nahezu alle im unruhigen Norden und Zentrum des Landes. Auch berichteten Vertreter der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO/ECOWAS von Schwierigkeiten in den saisonal überschwemmten Gebieten.



Bild 3 – Kaum Schlagen vor den Wahllokalen in Bamako (Thomas Schiller/KAS)

Das am späten Abend des 2.August veröffentlichte vorläufige Ergebnis des ersten Wahlgangs brachte keine Überraschung. Staatspräsident Keita erreichte 41,4%, Soumaila Cissé 17,8% der abgegeben Stimmen. Damit standen sich die beiden Politi-

ker – wie schon 2013 – in der Stichwahl am 12.August gegenüber. Aliou Diallo belegte mit 7,95% den dritten, Cheick Modibo Diarra mit 7,46% den vierten Platz. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf die weiteren 20 Kandidaten, die meisten davon blieben unter 1% der Stimmen. Der große Vorsprung des Amtsinhabers IBK löste sofort Fragen aus, denn IBK kam 2013 trotz einer wesentlich breiten Unterstützung nur auf etwa 39% im ersten Wahlgang. Das Lager des Präsidenten verwies darauf, dass eben die Popularität IBK's unterschätzt worden sei. Die Wahlbeteiligung war mit 43% gering, für malische Verhältnisse. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen lag die Wahlbeteiligung nur leicht höher bei circa 48%.

Im zweiten Wahlgang am 12.August konnte sich Amtsinhaber IBK deutlich gegen Cissé durchsetzen. Er erreichte 67,16 % der Stimmen, Cissé kam auf 32,84 %. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 35 %. Weder Aliou Diallo noch Cheick Modibo Diarra hatten eine Wahlempfehlung abgegeben. Eine wirklich breite Unterstützung für Oppositionsführer Cissé blieb aus. Auch der zweite Wahlgang war nicht frei von Unregelmäßigkeiten. Beobachter berichteten davon, aus Wahllokalen zur Stimmenauszählung hinauskomplimentiert worden zu sein. Die Opposition sprach von Fälschungen. Auch sei die tatsächliche Wahlbeteiligung weit niedriger als in den offiziellen Zahlen angegeben. Einsprüche der Opposition wies das Verfassungsgericht jedoch zurück.

Die bereits erwähnten rechtlichen und organisatorischen Probleme vor und während der Wahl wurden von zahlreichen Wahlbeobachtern (u.a. seitens der Europäischen Union und der Afrikanischen Union) wie auch von den Oppositionskandidaten schon vor und nach dem ersten Wahlgang aufgegriffen. Vieles lief nicht rund. So wurde beispielsweise auf Druck der Opposition erst äußerst kurzfristig vor der Wahl entschieden, die Bedingungen der Übertragung der Stimmabgabe an eine dritte Person mittels Vollmacht wieder einzuschränken, obwohl diese erst kurz zuvor von der Regierung ausgeweitet worden waren. Auch war die Ausbildung der mit dem organisatorischen Ablauf und der Auszählung der Stimmen in

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

THOMAS SCHILLER

August 2018

www.kas.de/sahel

den einzelnen Wahllokalen betrauten Wahlkomitees nach Einschätzung vieler Beobachter verbesserungswürdig. Zu allem Überfluss wurde kurz vor den Wahlen eine fehlerhafte Wählerliste seitens der zuständigen Behörde veröffentlicht, was zu erheblichen Irritationen führte und weiteren Spekulationen über Manipulationen Nahrung gab. Mit Blick auf das Wählerverzeichnis ist auch festzuhalten, dass die Masse der Jugend dort nicht registriert ist, ein Problem, das seit langem bekannt war. Ein nationaler Beobachter kommentierte diese holprige, improvisierte Wahlvorbereitung: *„In Mali werden Wahlen leider als Ereignis und nicht als Prozess begriffen. Dies führt dazu, dass es kein eingespieltes, allseits akzeptiertes Verfahren und keine wirkliche Vorbereitung mit entsprechendem Vorlauf gibt.“*

Ein weiteres Zeichen für die angespannte Lage im Nachgang des ersten Wahlgangs, war die Schließung des Radios *Renouveau* durch den Gouverneur von Bamako. In diesem Radio moderiert der Anführer der zivilgesellschaftlichen Organisation CDR und Unterstützer Soumaila Cissés, Ras Bath, eine beliebte Sendung. Die kritischen Äußerungen Ras Baths zum ersten Wahlgang in seiner letzten Radiosendung zwei Tage nach den Wahlen waren, laut Einschätzung lokaler Experten dann auch der Grund für die Schließung von *Radio Renouveau*.

Wie geht es weiter?

IBK ist wiedergewählt und steht vor den gleichen, immensen Herausforderungen: Stabilität und Sicherheit schaffen, Perspektiven aufzeigen und Vertrauen in den mali-schen Staat herstellen. Hierzu wird es Mut und Energie bedürfen. Viele Beobachter setzen ihre Hoffnung auf den aktuellen Premierminister Soumeylou B. Maiga, der als effizienter Manager gilt und ebenso wie der alte und neue Präsident IBK seit langem in der politischen Klasse Malis verankert ist. Mali wird auch weiterhin mit sehr fundamentalen Problemen umgehen müssen: eine rapide wachsende Bevölkerung, fehlende Perspektiven, Unsicherheit und Instabilität. Hierfür wird Mali auch künftig auf die Unterstützung seiner Nachbarn und der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein.

Wichtig wird aber auch sein, die Transparenz und Glaubwürdigkeit des Wahlprozesses in Zukunft zu verbessern. Es hat sich gezeigt, dass – wie von vielen Beobachtern erwartet – das wahlrechtliche Hin und Her sowie der konfuse organisatorische Ablauf erneut viel Vertrauen in demokratische Prozesse gekostet haben. Dies konnte auch die Präsenz zahlreicher internationaler und nationaler Wahlbeobachter nicht ausgleichen. So liegt die Organisation der Wahlen in Mali nicht in der Hand einer unabhängigen Institution. Es sind gleich mehrere Institutionen mit dem Wahlprozess betraut, jede verantwortet ein Element des Prozesses. Der wichtigste Akteur ist dabei das Ministerium für Territorialverwaltung, also die Regierung, was der Glaubwürdigkeit der Wahlen schadet. Auch das Verfassungsgericht, als finaler „Schiedsrichter“ der Wahlen, steht wegen der Intransparenz seiner Entscheidungen im Fokus (darauf hatte die Beobachtermission der EU bereits 2013 hingewiesen). Auch für Mali gilt wie für alle Demokratien: es bedarf transparenter und allseits akzeptierter Regeln. Nur dann wird sich künftig Vertrauen in den Wahlprozess herstellen lassen.